

Globus von Eva Konzett

Der Politiker als ganz normaler Mensch

Nicht nur im Westen tut sich manch ein Politiker mit der Volksnähe schwer. Um zu beweisen, dass in ihr auch nur eine Kroatian nebenan steckt, hat die kroatische Präsidentin, Grabar-Kitarović, ihre edlen Amtsstuben verlassen. Sie arbeitet nun als Bäuerin, Fliesenlegerin oder auf dem Schiff, sie taucht in die Lebensrealitäten ihrer Landsmänner und Landsfrauen ein. Politisches Geschick? Wer mag gleich vorwurfsvoll diese Karte ziehen? Und doch: Seit Längerem wird die Karrierediplomatin und Nato-Vizegeneralsekretärin, die bei den Präsidentschaftswahlen im Jänner überraschend gegen den sozialdemokratischen Amtsinhaber, Ivo Josipović, gewonnen hat, als neues Gesicht für die Rückkehr der konservativen HDZ gehandelt. Im Herbst wählen die Kroaten. Grabar-Kitarović soll der Partei die entscheidenden Stimmen der politischen Mitte bringen. Wohl auch dafür rutscht sie derzeit auf den Knien herum.

Vielleicht geht es der kroatischen Präsidentin tatsächlich, wie offiziell argumentiert, darum, auch jene Professionen vor den Vorhang

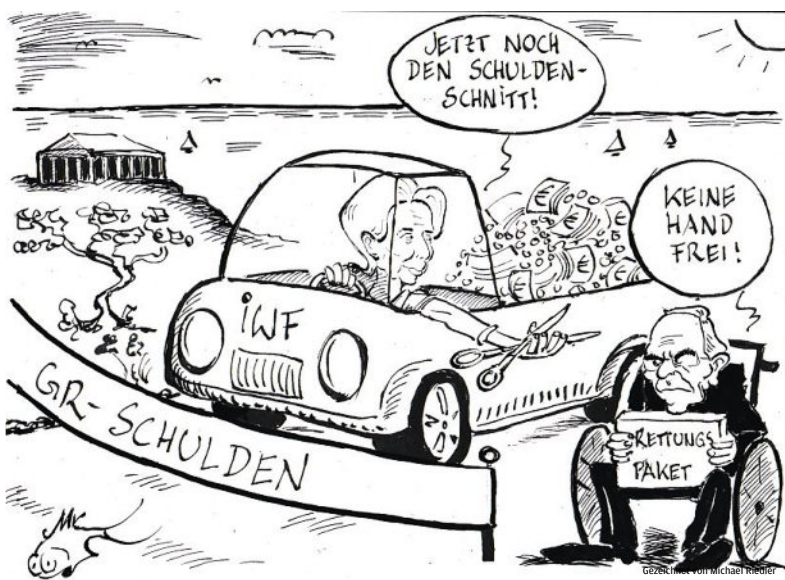
zu holen, „die uns aus der Krise führen werden“. Persönlich zeigt sich die Kroatian ohnehin schon auf Instagram. Die Homestory, in der sich Politiker selbst an den Herd stellen und Politikerinnen ihre Kinder herzten? Schnee von gestern! Selbst Angela Merkel hat eine eigene Homepage mit Kindheitsbildern – fernab der Kanzlerinnenschaft.

Dass die Einblicke der Präsidentin in den Joballtag der anderen tief waren, darf bezweifelt werden. Das nämlich würde das vorherrschende System sprengen. Oder wie Marx einst erklärt hat: Nur im Kommunismus sei es möglich, „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“



EVA KONZETT
eva.konzett@wirtschaftsblatt.at

Angespitzt



Pressespiegel

„Rzeczpospolita“ Polen muss seine Standortpolitik richten

WARSCHAU. Polen fehlt eine Strategie im Autosektor, schreibt die Tageszeitung „Rzeczpospolita“, da es in der vergangenen Woche das Rennen um ein neues Werk des Autobauers Jaguar Land Rover gegen die Slowakei verloren hat. „Es ist schwer vorstellbar, dass die Slowaken Jaguar wesentlich mehr Fördergelder angeboten haben. Denn das maximale Volumen wird von den EU-Vorschriften festgelegt. Der Unterschied bei den Lohnkosten ist auch nicht so groß. Was war also der Grund? Für die Wahl eines

Standorts ist auch die Perspektive von entscheidender Bedeutung, die ein Standort einer Branche bietet. Und hier schneiden wir einfach schlechter ab. Seit Jahren fordert die Motorbranche lautstark, dass die Regierung endlich eine effiziente Entwicklungspolitik für den Sektor betreibt. [...] Doch eine entsprechende Strategie gibt es nicht. [...] Zu lang wird erst darüber diskutiert.“ (ag)

„Neatkarīgā“ Soziale Unruhen in Lettland möglich

RIGA. Der lettischen Wirtschaft droht ein Verlust von 130-140 Millionen €, da Russland wegen

Gastkommentar

Ein Zukunftsmarkt für risikobewusste Investoren

Der ukrainische Wirtschaftsmarkt gilt als sehr risikoreich. Für Unternehmen auf Expansionskurs könnte das Land aber als Standort für eine Niederlassung infrage kommen.

Um internationale Investoren ins Land zu holen, hat die ukrainische Regierung tiefgreifende Reformen verabschiedet. Nicht wenige ukrainische Ökonomen und Wirtschaftsakteure sind überzeugt, dass Unternehmen, die es allen Widrigkeiten zum Trotz schaffen, ihre Marktpräsenz in der Ukraine aufrechtzuerhalten oder sogar neu zu begründen, gestärkt aus der Krise hinausgehen werden. Investoren sollten sich daher nicht an die Devise „Abwarten und Tee trinken“ halten, sondern bereits jetzt ihre Chancen im Land sondieren.

Hoch qualifizierte Arbeiter

Was dafür spricht: Mit einem beinahe unerschlossenen Wirtschaftsmarkt von rund 45 Millionen Einwohnern, günstigen Arbeitskräften und guter Infrastruktur bietet die Ukraine gute Grundvoraussetzungen. Insbesondere der Westen der Ukraine zählt zu den stabilsten Regionen. Die Stadt Lwiw – früher Lemberg – ist eines der führenden Bildungszentren und bietet hoch qualifiziertes Personal wie IT-Fachleute, Architekten, Ingenieure und Ärzte sowie Spezialisten aus der Pharmaindustrie, Physik und Agrarökonomie.

Besonders günstige Voraussetzungen gibt es für den Agrarsektor, denn die Ukraine verfügt über weite Flächen mit besonders fruchtbarer Schwarzerde. Weiters sind ukrainische Rohstoffe und Hilfsmaterialien deutlich billiger als westeuropäische,



Die Stadt Lwiw, früher Lemberg, zählt zu den wirtschaftlich aussichtsreichsten Städten der Ukraine.

was umso interessanter ist, als die unmittelbare Nähe zur EU die Logistik vereinfacht.

In der Ukraine besonders nachgefragt ist derzeit Know-how in den Bereichen Energieeffizienz und Abfallverwertung, denn noch existieren im Land praktisch keine abfallverarbeitenden Unternehmen. Die Westukraine wird wegen der malerischen ukrainischen Karpaten, Thermen und Kurorte als Tourismusziel immer beliebter. Seit der Besetzung der Krim weichen Inlandstouristen auf andere Regionen aus und tragen damit wesentlich zur Erschließung neuer Inlandsdestinationen bei.

Nicht ohne Probleme

Die Herausforderungen für Investoren ist die intransparente Gesetzgebung, insbesondere im Hinblick auf Zulassungsverfahren und Besteuerung oder Systeme der Lizenzierung. Nicht zu unterschätzen ist weiters die ukrainische Bürokratie und leider auch

die Korruption. Denn wie andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat das Land mit Amtsmissbrauch bis in die untersten Verwaltungsebenen des Staatsgefüges und des alltäglichen Lebens zu kämpfen. Wie akut dieses Problem ist, zeigt das Anfang des Jahres verabschiedete Reformpaket. Das neu geschaffene Büro zur Korruptionsbekämpfung soll mit rund 700 Beamten Amtsmissbrauch aufdecken.

Die Ukraine als Wirtschaftsmarkt ist jedenfalls differenziert zu betrachten. Gute Wachstumschancen sind mit hohen Risiken verbunden, weswegen ein starker Ansprechpartner den Weg zum Erfolg ebnet.



SVITLANA
KALITSUN
Leiterin des Ukraine
Desk bei Lansky,
Ganzger + Partner

das Risiko für die soziale Stabilität und Sicherheit. [...] Höchste Zeit für unsere Regierung, sich auf diese ernsthaften Herausforderungen vorzubereiten.“ (ag)

„Süddeutsche Zeitung“ Krisen der Welt sind zu zahlreich

MÜNCHEN. Der Türkei-Einsatz der deutschen Bundeswehr war reine Symbolpolitik, meint die „Süddeutsche Zeitung“: „Angesichts der offensichtlich nicht vorhandenen Bedrohung war es immer schwieriger, ihnen [den Soldaten] und ihren Familien zu erklären, warum sie nach kurzer Erholungspause schon wieder in

die Türkei abkommandiert wurden. Zum Schluss kamen noch die Schwierigkeiten hinzu, die Türkei in eine Strategie gegen den sogenannten Islamischen Staat einzubinden. Und schließlich das türkische Vorgehen gegen die Kurden. Es gab Gründe genug, diesen Einsatz zu beenden. Was aus ihm folgt? Hoffentlich die Erkenntnis, dass die Krisen dieser Welt zu zahlreich und die Kapazitäten der Bundeswehr zu gering sind, um sich in Zukunft derartige Symbolpolitik leisten zu können. Die Überlegungen der Bundesregierung, mehr Soldaten für die UN-Truppe Minusma in Mali bereitzustellen, gehen da in die richtige Richtung.“ (ag)